

Christian Gohde

Der Entschädigungsanspruch wegen unangemessener Verfahrensdauer nach den §§ 198 ff. GVG

Die Vereinbarkeit mit den rechtsstaatlichen
Prinzipien des fairen Verfahrens,
der Rechtssicherheit und der Gerechtigkeit



Nomos

Nomos Universitätsschriften

Recht

Band 969

Christian Gohde

Der Entschädigungsanspruch wegen unangemessener Verfahrensdauer nach den §§ 198 ff. GVG

Die Vereinbarkeit mit den rechtsstaatlichen
Prinzipien des fairen Verfahrens,
der Rechtssicherheit und der Gerechtigkeit



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Trier, Univ., Diss., 2019

u.d.T.: Die Vereinbarkeit des Entschädigungsanspruchs wegen unangemessener Verfahrensdauer im Gerichtsverfahren nach den §§ 198 ff. GVG mit den rechtsstaatlichen Prinzipien des fairen Verfahrens, der Rechtssicherheit und der Gerechtigkeit

ISBN 978-3-8487-6480-8 (Print)

ISBN 978-3-7489-0527-1 (ePDF)

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Für meine Eltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2019 vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Trier unter dem Titel „Die Vereinbarkeit des Entschädigungsanspruchs wegen unangemessener Verfahrensdauer von Gerichtsverfahren nach den §§ 198 ff. GVG mit den rechtsstaatlichen Prinzipien des fairen Verfahrens, der Rechtssicherheit und der Gerechtigkeit“ als Dissertation angenommen. Sie entstand größtenteils während meiner Tätigkeit am Lehrstuhl für Öffentliches Recht an der Technischen Universität Kaiserslautern. Rechtsprechung und Literatur konnten bis Anfang November 2018 berücksichtigt werden.

Mein besonderer Dank gilt Herrn *Professor Dr. Willy Spannowsky*, der den Anstoß für die Untersuchung gegeben, die Arbeit betreut und durch kritische Denkanstöße gefördert hat. Herrn *Professor Dr. Michael Reinhardt* danke ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Weiterhin gilt mein Dank meinen Lehrstuhlkollegen, insbesondere Herrn *Dr. Andreas Hofmeister* und Herrn *Christoph Mayer*, für die fachlichen Diskussionen sowie die konstruktiven Hinweise und Anmerkungen.

Ganz besonders danken möchte ich schließlich meinem Eltern, Frau *Silvia Gohde* und Herrn *Eckeard Gohde*, die mich während meiner gesamten juristischen Ausbildung in jeder Lebenslage unterstützt und mir Rückhalt gegeben haben – ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Kaiserslautern, im Dezember 2019

Christian Gohde

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
A. Einleitung und Gang der Untersuchung	25
B. Konventions-, unions- und verfassungsrechtliche Grundlagen des Anspruchs auf angemessene Verfahrensdauer	33
I. Die konventionsrechtlichen Grundlagen	33
1. Art. 6 Abs. 1 S. 1 EMRK – Recht auf ein Gerichtsverfahren in angemessener Zeit	34
a) Persönlicher Anwendungsbereich	34
b) Sachlicher Anwendungsbereich	36
2. Art. 13 EMRK – Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf	39
a) Persönlicher Anwendungsbereich	39
b) Sachlicher Anwendungsbereich	40
3. Art. 41 EMRK – Befugnis zur Gewährung einer gerechten Entschädigung	42
a) Einordnung in das System der EMRK	42
b) Anwendungsvoraussetzungen des Art. 41 EMRK	43
II. Die unionsrechtlichen Grundlagen	44
1. Anwendungsbereich des Art. 47 Abs. 1 EU-Grundrechte-Charta	45
2. Anwendungsbereich des Art. 47 Abs. 2 EU-Grundrechte-Charta	46
III. Die verfassungsrechtlichen Grundlagen	47
C. Entstehungsgeschichte und wesentlicher Inhalt des Entschädigungsanspruchs	49
I. Entstehungsgeschichte des Entschädigungsanspruchs nach den §§ 198 ff. GVG	49
1. Entscheidung des EGMR in der Sache Kudla/Polen und die gesetzgeberischen Reaktionen	49

Inhaltsverzeichnis

2. Entscheidung des EGMR in der Sache Sürmeli/ Deutschland und die gesetzgeberischen Reaktionen	52
3. Entscheidung des EGMR in der Sache Rumpf/Deutschland und die gesetzgeberischen Reaktionen	55
II. Wesentlicher Inhalt des Entschädigungsanspruchs nach den §§ 198 ff. GVG	57
1. Anspruchsvoraussetzungen des Entschädigungsanspruchs nach den §§ 198 ff. GVG	58
2. Rechtsfolgen des Entschädigungsanspruchs nach den §§ 198 ff. GVG	59
3. besondere Verfahrensvorschriften bezüglich der gerichtlichen Geltendmachung des Entschädigungsanspruchs nach den §§ 198 ff. GVG	60
D. Das Rechtsprinzip des fairen Verfahrens	62
I. Inhalt des Rechtsprinzips des fairen Verfahrens	62
1. Was bedeutet Fairness im Gerichtsverfahren?	62
2. Was ist ein faires Gerichtsverfahren?	67
a) Ausprägungen hinsichtlich des entscheidenden Organs	68
b) Anforderungen an den Zugang zum Gericht	70
c) Ausprägungen hinsichtlich der Durchführung des Gerichtsverfahrens	71
II. Inhalt des Gebots der angemessenen Verfahrensdauer	73
1. Nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte	73
a) Komplexität des Falles	74
b) Bedeutung der Sache für den Beschwerdeführer	77
c) Verhalten des Beschwerdeführers	78
d) Verhalten des Gerichts und Dritter	81
2. Nach der Rechtsprechung Gerichtshof der Europäischen Union	86
3. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	88
a) Natur und Bedeutung der Sache	89
b) Schwierigkeit der Sachmaterie	91
c) Das den Beteiligten zurechenbare Verhalten	92
d) Verzögerungen durch das Gericht	93
4. Zwischenergebnis und Stellungnahme	96

III. Umsetzung und Anwendung im Entschädigungsanspruch nach den §§ 198 ff. GVG	98
1. Literaturlausführungen	99
a) Germelmann und Kämpfer – Erkrankungen und Urlaube	100
b) Graf – Wahrnehmung von Verfahrensrechten als Boykott	102
c) Roller – Bedeutung der Sache für die Allgemeinheit und Erfolgsaussichten der Klage	103
2. Anwendung in der Rechtsprechung der Entschädigungsgerichte	105
a) Schwierigkeit des Verfahrens	105
b) Bedeutung der Sache	111
c) Verhalten der Verfahrensbeteiligten und Dritter	115
aa) Verhalten der Parteien	115
bb) Verhalten des Gerichts	119
3. Zwischenergebnis	123
IV. Zusammenfassung zum Rechtsprinzip des fairen Verfahrens	124
E. Das Rechtsprinzip der Rechtssicherheit	127
I. Begriff der Rechtssicherheit	127
1. Begriff der Sicherheit	128
2. Sicherheit durch das Recht oder Sicherheit des Rechts?	129
3. Inhalt der Rechtssicherheit als Sicherheit des Rechts	130
II. Das Gebot der Normenbestimmtheit und der Entschädigungsanspruch nach § 198 GVG	133
1. Maßstäbe für Bestimmtheitsanforderungen nach der Rechtsprechung des BVerfG	134
a) Praktikabilität und Justiziabilität	134
b) Einheitliche Rechtsanwendung	135
c) Voraussehbarkeit	137
d) Auslegungskriterium	138
e) Konflikt zwischen der Voraussehbarkeit und dem Auslegungskriterium – Adressatenproblematik	139
aa) Subjektivierung des Auslegungskriteriums?	140
bb) Objektivierung der Vorsehbarkeit?	141
cc) Towfigh: Juristen als Adressat?	142

Inhaltsverzeichnis

dd) Stellungnahme und eigene Ansicht	143
f) Zwischenergebnis	144
2. Die Bestimmtheitsanforderungen in Bezug auf die Tatbestandsvoraussetzungen	145
a) Begriff des Gerichtsverfahrens	145
b) Der zu betrachtende Zeitraum – Einleitung und Ende des Gerichtsverfahrens	148
aa) Einleitung eines Gerichtsverfahrens	148
(1) Einleitung durch Klageerhebung	148
(a) Verfahrensbeginn durch Beginn der mündlichen Verhandlung?	149
(b) Verfahrensbeginn durch Einreichung der Klage?	150
(c) Differenzierung für den Beklagten und den weiteren Verfahrensbeteiligten?	150
(d) Zwischenergebnis hinsichtlich der Einleitung durch Klageerhebung	151
(2) Einleitung durch Antragsstellung	151
(3) Einleitung durch Einlegung eines Widerspruchs?	152
(4) Einleitung durch Antrag auf Prozesskostenhilfe?	154
(5) Einleitung nach Verweisung aufgrund Unzuständigkeit	155
(6) Zwischenergebnis hinsichtlich der Einleitung des Verfahrens	157
bb) Abschluss des Gerichtsverfahrens	157
(1) Erfassung der Zwangsvollstreckung?	158
(2) Durchbrechung durch Verfassungsbeschwerde?	160
(3) Rechtskraftdurchbrechende Verfahren	161
(4) Zwischenergebnis hinsichtlich des Abschlusses des Verfahrens	162
cc) Stillstand des Gerichtsverfahrens	163
(1) Rechtlicher Stillstand des Verfahrens	163
(2) Tatsächlicher Stillstand des Verfahrens	164
(3) Vorlagen nach Art. 100 GG und Art. 267 AEUV	164
(4) Zwischenergebnis hinsichtlich des Stillstands des Verfahrens	166
dd) Zwischenergebnis hinsichtlich der Bestimmung der Verfahrensdauer	166

c) Kriterien zur Bestimmung der Angemessenheit der Verfahrensdauer	166
d) Zeitpunkt der Verzögerungsrüge	167
aa) Rechtsfolgen einer nicht rechtzeitigen Verzögerungsrüge	167
bb) Vergleich zur Befangenheitsregelung?	169
cc) Anwendung in der Rechtsprechung der Entschädigungsgerichte	171
(1) Anwendung durch die zivilgerichtlichen Entschädigungsgerichte	172
(2) Anwendung durch die verwaltungsrechtlichen Entschädigungsgerichte	172
(3) Anwendung durch das finanzgerichtliche Entschädigungsgerichte	173
(4) Anwendung durch die sozialgerichtlichen Entschädigungsgerichte	174
(5) Zwischenergebnis	176
dd) Weitere Vorschläge in der Literatur	176
ee) Stellungnahme und Zwischenergebnis hinsichtlich des Zeitpunkts der Verzögerungsrüge	178
e) Zwischenergebnis in Bezug auf die Tatbestandsvoraussetzungen	179
3. Die Bestimmtheitsanforderungen in Bezug auf die Rechtsfolgen	179
a) Die Gewährung einer angemessenen Entschädigung für materielle Nachteile	179
aa) Dogmatische Einordnung des Entschädigungsanspruchs nach den §§ 198 ff. GVG	180
(1) Der Entschädigungsanspruch als Anspruch auf Schadensersatz?	180
(2) Der Entschädigungsanspruch als Ausprägung des allgemeinen Aufopferungsanspruchs?	181
(3) Der Entschädigungsanspruch als staatshaftungsrechtlicher Anspruch sui generis	184
bb) Zwischenergebnis hinsichtlich der Entschädigung bei materiellen Nachteilen	185

Inhaltsverzeichnis

b) Die Gewährung einer angemessenen Entschädigung für immaterielle Nachteile	186
aa) Wiedergutmachung auf andere Weise	186
(1) Wiedergutmachung nur bei einem materiell-rechtlichen Anspruch?	188
(2) Beschränkung auf die Feststellung der Unangemessenheit der Verfahrensdauer?	190
(3) Zwischenergebnis zur Wiedergutmachung auf andere Weise	194
bb) Ausreichen der Wiedergutmachung auf andere Weise	194
cc) Zwischenergebnis für Entschädigung bei immateriellen Nachteilen	197
c) Zwischenergebnis für die Bestimmtheit der Rechtsfolgen	198
4. Ergebnis für das Gebot der Normenbestimmtheit	198
IV. Die Normenklarheit und der Entschädigungsanspruch nach § 198 GVG	199
1. Gemeinsamkeiten, Unterschiede und das Verhältnis zum Gebot der Normenbestimmtheit	200
a) Gemeinsamkeiten und Unterschiede zur Bestimmtheit	200
b) Verhältnis der Gebote zueinander	202
c) Zusammenfassung	205
2. Ausprägungen des Gebots der Normenklarheit	205
a) Widerspruchsfreiheit als Ausprägung	206
b) Übersichtlichkeit als Ausprägung	210
c) Normenwahrheit als Ausprägung?	213
d) Gebot der Normenklarheit und Adressatenproblematik	215
e) Zwischenergebnis	217
3. die Anforderungen der Normenklarheit und die §§ 9 Abs. 2 S. 2 ArbGG, 173 S. 2 VwGO, 202 S. 2 SGG, 155 S. 2 FGO	217
a) Regelungsinhalt der §§ 9 Abs. 2 S. 2 ArbGG, 173 S. 2 VwGO, 202 S. 2 SGG, 155 S. 2 FGO	217
b) Widerspruchsfreiheit und Übersichtlichkeit?	219
4. die Anforderungen der Normenklarheit und Art. 23 ÜberlVfRSchG	220
a) Regelungsinhalt des Art. 23 ÜberlVfRSchG	220
b) Übersichtlichkeit und Widerspruchsfreiheit?	221
5. Ergebnis für das Gebot der Normenklarheit	224

V. Der Vertrauensschutz und der Entschädigungsanspruch nach § 198 GVG	225
1. Inhalt der Übergangsregelung des Art. 23 ÜberIVfRSchG	226
2. Wesentliche Argumentationslinien bezüglich der Rückwirkung von Gesetzen in der Rechtsprechung des BVerfG und in der rechtswissenschaftlichen Literatur	228
a) Die Problematik der Rückwirkung von Gesetzen in der Rechtsprechung des BVerfG	228
aa) Differenzierung zwischen echter und unechter Rückwirkung bzw. Rückbewirkung von Rechtsfolgen und tatbestandlicher Rückanknüpfung	229
bb) Die Zulässigkeit echter Rückwirkung/ Rückbewirkung von Rechtsfolgen und unechter Rückwirkung/tatbestandlicher Rückanknüpfung	233
b) Kritik der Literatur an der Rechtsprechung des BVerfG	236
aa) Hinsichtlich der dogmatischen Herleitungen	236
bb) Hinsichtlich der Begrifflichkeiten	239
cc) Hinsichtlich der Zulässigkeitserwägungen	243
c) Ansätze in der Literatur zur Bewältigung der Rückwirkungsproblematik	250
aa) Ansätze zur Begriffsbestimmung in der Literatur	251
(1) Begriffsbestimmung bei Klein/Barbey	251
(2) Begriffsbestimmung bei Scheerbarth	252
(3) Begriffsbestimmung bei Kisker	253
(4) Begriffsbestimmung bei Vogel und Leisner	254
bb) Ansätze zur Lösung der Rückwirkungsproblematik	256
(1) Lösungsansatz bei Pieroth	256
(2) Lösungsansatz bei Schwarz	258
d) Änderung der Rechtsprechung durch die Beschlüsse vom 07.07.2010 und 17.12.2013?	260
aa) Grundsätzliche Unzulässigkeit der unechten Rückwirkung/tatbestandlichen Rückanknüpfung nach den Beschlüssen vom 07.07.2010?	261
bb) Abkopplung der Rückwirkung vom Vertrauensschutz durch den Beschluss vom 17.12.2013?	268
e) Stellungnahme zur Rückwirkungsproblematik	273

Inhaltsverzeichnis

3. Rückwirkung und die Übergangsregelung des Art. 23 ÜberlVfRSchG	277
a) Belastung infolge des Art. 23 ÜberlVfRSchG?	277
aa) Bezüglich der rechtskräftig beendeten Verfahren?	278
bb) Bezüglich der bereits anhängigen Verfahren?	279
b) Einstufung als echte oder unechte Rückwirkung bzw. als Rückbewirkung von Rechtsfolgen oder tatbestandliche Rückanknüpfung	280
c) Zulässigkeit der unechten Rückwirkung/ tatbestandlichen Rückanknüpfung?	283
3. Zwischenergebnis hinsichtlich des Vertrauensschutzes und des Entschädigungsanspruchs	286
VI. Ergebnis für Kapitel E	288
F. Das Rechtsprinzip der Gerechtigkeit	293
I. Das Rechtsprinzip der Gerechtigkeit in der Rechtsprechung des BVerfG	293
1. Entwicklung der dogmatischen Herleitung des Rechtsprinzips in der Rechtsprechung des BVerfG	294
2. Wesentliche Inhalte und Maßstäbe des Rechtsprinzips der Gerechtigkeit	296
a) Die Gerechtigkeit zur Korrektur des geltenden Rechts	297
b) Die Gerechtigkeit als Verfahrensgerechtigkeit	300
c) Die Gerechtigkeit im Zusammenhang mit der Schaffung von Richterrecht	301
d) Die Gerechtigkeit im Zusammenhang mit Gleichheit	302
aa) Gleichheit in der Rechtssetzung	303
(1) Feststellung der Ungleichbehandlung oder der Gleichbehandlung	303
(2) Rechtfertigung der gesetzlichen Ungleichbehandlung oder Gleichbehandlung	304
(a) Willkür-Prüfung des BVerfG	304
(b) Neue-Formel des BVerfG	306
(c) Stufenlos-Formel des BVerfG	307
(3) Zwischenergebnis hinsichtlich der Rechtfertigung bei gesetzlicher Ungleichbehandlung bzw. Gleichbehandlung	308
bb) Gleichheit in der Rechtsanwendung durch die Gerichte	309

3. Zwischenergebnis	311
II. Der Gleichheitssatz und die Bestimmung der unangemessenen Verfahrensdauer	313
1. Verstoß durch die Typisierung von Verfahrensdauern?	314
2. Verstoß durch das Abstellen auf die (fiktive) Entscheidungsreife?	317
3. Verstoß durch das Phasenmodell des BFH?	320
4. Verstoß durch das Abstellen auf eine generelle Einarbeitungs- und Bedenkzeit nach der Rechtsprechung des BSG?	322
5. Zwischenergebnis	325
III. Der Gleichheitssatz und die Gewährung einer Entschädigung für immaterielle Nachteile	326
1. Gleichheit und die gesetzlich vorgesehene Pauschale in § 198 Abs. 2 S. 3 GVG	326
2. Verstoß gegen die Rechtsanwendungsgleichheit durch ein Abweichen von der Pauschale?	332
a) OVG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 26.02.2013, OVG 3 A 11.12, LSG Mecklenburg-Vorpommern, Urt. v. 24.09.2015, L 11 SF 52/14 EK AL und LSG Mecklenburg-Vorpommern, Urt. v. 08.06.2016, L 12 SF 9/14 EK AS	332
b) VGH Hessen, Urt. v. 11.02.2015, 29 C 1241/12.E und BVerwG, Urt. v. 14.11.2016, 5 C 10/15 D	337
c) BVerwG, Urt. v. 26.02.2015, 5 C 5/14 D sowie LSG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 25.09.2013, L 4 SF 40/12 EK AS	342
d) OLG Braunschweig, Urt. v. 08.02.2013, 4 SchH 1/12 und BGH, Urt. v. 13.03.2014, III ZR 91/13	345
e) LSG Mecklenburg-Vorpommern, Urt. v. 16.12.2015, L 12 SF 1/15 EK VE WA und BSG, Urt. v. 07.09.2017, B 10 ÜG 1/16 R	346
f) LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 26.04.2016, L 10 SF 5/15 EK	348
g) Zwischenergebnis	349
IV. Zusammenfassung zum Rechtsprinzip der Gerechtigkeit	350

Inhaltsverzeichnis

G. Gesamtfazit der Untersuchung	357
I. Bezüglich des Rechtsprinzips des fairen Verfahrens	358
II. Bezüglich des Rechtsprinzips der Rechtssicherheit	361
III. Bezüglich des Rechtsprinzips der Gerechtigkeit	365
IV. Folgen für den Gesetzestext	369
Literaturverzeichnis	373

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), Fassung aufgrund des am 1.12.2009 in Kraft getretenen Vertrages von Lissabon, Konsolidierte Fassung bekanntgemacht im ABl. EG Nr. C 326 vom 26.10.2012, S. 1
AL	Ad Legendum (Zeitschrift)
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866; 2003 I S. 61), die zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2745) geändert worden ist
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts (Zeitschrift)
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juli 1979 (BGBl. I S. 853, 1036), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 12. Juli 2018 (BGBl. I S. 1151) geändert worden ist
Art.	Artikel
ASR	Anwalt/Anwältin im Sozialrecht (Zeitschrift)
Aufl.	Auflage
B.	Beschluss
BAG	Bundesarbeitsgericht
BB	Betriebsberater (Zeitschrift)
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 12. Juli 2018 (BGBl. I S. 1151) geändert worden ist
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BR-Drs.	Drucksache des Bundesrates

Abkürzungsverzeichnis

BSG	Bundessozialgericht
bspw.	beispielsweise
BT-Drs.	Drucksache des Deutschen Bundestages
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungssammlung des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. August 1993 (BGBl. I S. 1473), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. Oktober 2017 (BGBl. I S. 3546) geändert worden ist
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungssammlung des Bundesverwaltungsgerichts
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
Der Staat	Zeitschrift für Staatslehre und Verfassungsgeschichte, deutsches und europäisches öffentliches Recht (Zeitschrift)
d.h.	das heißt
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DRiG	Deutsches Richtergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. April 1972 (BGBl. I S. 713), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 8. Juni 2017 (BGBl. I S. 1570) geändert worden ist
DRiZ	Deutsche Richterzeitung (Zeitschrift)
DStJG	Deutsche Steuerjuristische Gesellschaft (Zeitschrift)
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung (Zeitschrift)
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)
Einl.	Einleitung
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 04.11.1950, welche zuletzt durch Protokoll Nr. 14 vom 13.5.2004 m.W.v. 1.6.2010 geändert worden ist
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EU-Grundrechte-Charta	Charta der Grundrechte der Europäischen Union vom 12. Dezember 2002, ABl. Nr. C 303, S. 1
f.	folgende Seite bzw. folgender Paragraph
ff.	folgende Seiten bzw. Paragraphen

FG	Finanzgericht
FGO	Finanzgerichtsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. März 2001 (BGBl. I S. 442, 2262; 2002 I S. 679), die zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 12. Juli 2018 (BGBl. I S. 1151) geändert worden ist
Fn.	Fußnote
FR	Finanz-Rundschau (Zeitschrift)
FS	Festschrift
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. Juli 2017 (BGBl. I S. 2347) geändert worden ist
ggf.	gegebenenfalls
GKG	Gerichtskostengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 2014 (BGBl. I S. 154), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 12. Juli 2018 (BGBl. I S. 1151) geändert worden ist
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Mai 1975 (BGBl. I S. 1077), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Juli 2018 (BGBl. I S. 1151) geändert worden ist
GVG-E	Gerichtsverfassungsgesetz in der Fassung des Entwurfs eines Gesetzes über die Rechtsbehelfe bei Verletzung des Rechts auf ein zügiges gerichtliches Verfahren vom 22.08.2005 (Referentenentwurf)
h.M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
iSd	im Sinne des/der
iSv	im Sinn(e) von
iVm	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)
JbArbR	Jahrbuch des Arbeitsrechts (Zeitschrift)
jM	juris – die Monatszeitschrift (Zeitschrift)
JR	Juristische Rundschau (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
Jura	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JZ	JuristenZeitung (Zeitschrift)

Abkürzungsverzeichnis

Kap.	Kapitel
KAGG	Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2726), zuletzt geändert durch BVerfG, Beschl. v. 17.12.13 – 1 BvL 5/08 – vom 17. 12. 2013 (BGBl. 2014 I S. 255)
KStG	Körperschaftsteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2002 (BGBl. I S. 4144), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2730) geändert worden ist
KStZ	Kommunale Steuer-Zeitschrift (Zeitschrift)
LAG	Landesarbeitsgericht
LSG	Landessozialgericht
LT-Drs.	Drucksache des Landtags
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht (Zeitschrift)
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
Nr.	Nummer
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht (Zeitschrift)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (Zeitschrift)
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht (Zeitschrift)
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht (Zeitschrift)
NZWiSt	Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht (Zeitschrift)
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
Rechtstheorie	Zeitschrift für Logik und Juristische Methodenlehre, Allgemeine Rechts- und Staatslehre, Kommunikations-, Normen- und Handlungstheorie, Soziologie und Philosophie des Rechts (Zeitschrift)
Rn.	Randnummer
SchlHA	Schleswig-Holsteinische Anzeigen (Zeitschrift)
SGb	Die Sozialgerichtsbarkeit (Zeitschrift)
SGG	Sozialgerichtsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1975 (BGBl. I S. 2535), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 12. Juli 2018 (BGBl. I S. 1151) geändert worden ist
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes und des Gerichts der Europäischen Union

sog.	sogenannte(r)
S.	Satz
Stbg	Die Steuerberatung (Zeitschrift)
StuW	Steuer und Wirtschaft (Zeitschrift)
u.a.	unter anderem
ÜberIVfRSchG	Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren vom 24.11.2011 (BGBl. I S. 2302)
Urt.	Urteil
v.	von/vom
VerwArch	Verwaltungsarchiv (Zeitschrift)
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VR	Verwaltungsrundschau (Zeitschrift)
VSSR	Vierteljahresschrift für Sozialrecht (Zeitschrift)
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung deutscher Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 686), die zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 12. Juli 2018 (BGBl. I S. 1151) geändert worden ist
WzS	Wege zur Sozialversicherung (Zeitschrift)
ZAP	Zeitschrift für die Anwaltspraxis (Zeitschrift)
z.B.	zum Beispiel
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung (Zeitschrift)
ZPO	Zivilprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3202; 2006 I S. 431; 2007 I S. 1781), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 12. Juli 2018 (BGBl. I S. 1151) geändert worden ist
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess (Zeitschrift)

